

... der Hauptroute zu Straße
Durch fehlten
der Linken den
wegen, die er in
eine Frau mit
auf eine Irrene
brannte. Raub
waren die
und wanderten
über. Derselbe
bei seinen Auf-
0. Jahrhundert
iner Frau mit
deutlich zu er-
el Waffen und en-
te also hervor-
n, sondern von
schon vor 2600

alte Schloss von
residenz haben.
Gefangenenschaft
t worden, und
Vatikan mittel-
ab wundervoll
et werden soll.
einstmalis das
germeister von
für die innere
Bordäusse steht
nntiert mehr am
solitärer Kastell

achprozeß. Un-
bedienten Prozeß
mit den Vor-
würfen des Urteil
Landstrafen-
freigesetzten.
neun Monaten
mann Rils
führt worden,
dieselbe, 60 000
500 000 Meter
Vateren ist
mann aber ent-
sideraldegenert
Mann durch
Berlin - Mitte

Uhr: Festottes.
ale in Naunhof.
tenten,

nverein
erlust"
tztwoch abend
mmlung.
l. Jugend.
7. Januar
tige
Jersammlung
nen aller Mili-
ndig.

3
groß
verhausen
Langstr. 84.

ing in
chten
erlich

rete

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Aumelsbach, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pöthen, Staudnitz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die gewöhnlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, abends 5 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3,-, 1/2 jährlich Mk. 9,-.
durch die Post bezogen einheitl. der Postgebühren Mk. 9,30. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6 gespaltene Korpuszeile 60 Pf., auswärts 75 Pf. Umb-
scher Mh. 1,20. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2,-.
Anzeige der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des erscheinungstages,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Berichtigungen nehmen Aufträge entgegen.
Bestellungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Münn & Gute, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Heraus: Amt Naunhof Nr. 2.

Nummer 3

Freitag, den 7. Januar 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Einsendung nicht belieferter Saatkarten.

Dienstigen Landwirte, die sich Saatkarten ausspielen lassen, werden mit dem Tage der Ausstellung mit der Menge, über die eine Saatkarte ausgestellt wird, belastet und müssen aus ihrer Ernte eine entsprechend größere Menge ableisten. Eine Webergutschrift der Mengen, über die eine ausgestellte Saatkarte lautet, erfolgt nur dann, wenn die Saatkarte nicht beliefer und weiter die nicht beliefernde Saatkarte an die Ausstellungsbehörde zurückgegeben wird. Die Rückgabe hat für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Grimma an die Betriebsstelle Grimma, Schlosshaus, zu erfolgen. Alle Landwirte, die ihre Saatkarten nicht beliefern erhalten, werden hierdurch aufgefordert, die Saatkarten sofort zurückzugeben.

Grimma, den 5. Januar 1921. Getr. 2201.

Der Westsächsische Kommunalverband für den Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Grimma.

Gemeindegrundsteuer.

Die Gemeindegrundsteuer auf das Rechnungsjahr 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921) wird nach 80 Pf. je Grundsteuerinheit und zwar ohne Unterschied für biegsame und auswärtige Besitzer in der Flur Naunhof liegender Grundstücke erhoben. Jedem Grundstücksbesitzer wird ein Steuerzettel noch zugestellt.

Fällig ist die Steuer am

1. Februar 1921,

zu zahlen ist sie innerhalb 4 Wochen nach dem Tage der Fälligkeit.

Naunhof, am 4. Januar 1921.

Der Stadtgemeinderat.

Volks- und Fortbildungsschule zu Naunhof.

Der Unterricht beginnt

Montag, den 10. Januar.

Die Schulleitung.

Durch die obermaligen Zulagen zu den Renten in der Invalidenversicherung macht sich jetzt wieder eine sofortige Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge notwendig.

Zufolge einer Verfügung der Landessicherungsanstalt Sachsen vom 31. Dez. 1920 sind die hierzu erforderlichen Mittel aufzubringen durch eine Erhöhung der jährlichen Beiträge um 100%. Diese Erhöhung hat sich auf alle die Beiträge zu erstrecken, die bis zum 20. Dezember 1920 noch nicht erhoben waren. Soweit nach diesem Zeitpunkt bereits Beiträge zum einsachen Werte erhoben wurden, hat Nachherabung der Erhöhung zu erfolgen.

Die Herren Arbeitgeber werden hiermit von dieser neuen Bestimmung in Kenntnis gesetzt.

Grimma und Naunhof, am 3. Januar 1921.

Allg. Ortskrankenkasse Grimma-Land.
Landkrankenkasse Naunhof.

Freitag, den 7. Januar 1921, vorm. 11 Uhr sollen im "Gasthof zur Stadt Leipzig" in Naunhof als Versteigerungsort

90 Stück Breiter, 350 Mauersteine, 1 Obsthorde, 1 Butterkasten, Geschirrteile und Puzzeng gegen Barzahlung meißelblau versteigert werden.

Grimma, den 4. Januar 1921. Qu. 864/20.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Freitag, den 7. Januar 1921, vorm. 1/2 Uhr sollen im Gasthof zur "Stadt Leipzig" in Naunhof als Versteigerungsort

mehrere herrschaftl. Möbelstücke gegen Barzahlung meißelblau versteigert werden.

Grimma, den 4. Januar 1921. Qu. 862, 862/20.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

kleine Zeitung für eilige Leser.

* Da einer ausführlichen Note wendet sich die Reichsregierung gegen die Ententeforderung auf Auflösung der Sicherheitspolizei.

* Eine halbamtl. englische Auskunft stellt ausdrücklich fest, daß Deutschland seiner Verpflichtung in allen wesentlichen Punkten nachgekommen sei.

* Dem Antrage der Reichsbunabhängigen auf frühere Einberufung des Reichstages hat der Reichstagspräsident nicht stattgegeben.

* Da an der rumänischen Grenze sechs neue Post-Divisionen festgestellt wurden, bat der König von Rumänien zwei Fahrdokumente unter die Bahnen berufen.

Von außen und von innen.

Von einem preußischen mittelparteilichen Politiker wird uns geschrieben:

Alles sieht sich nach Ruhe, nicht nur in Deutschland. Und doch geht wiederum alles, um nichts und niemand zur Ruhe kommen zu lassen. Die Entente möchte, als die Einladungen zur Sicherheitskonferenz nach Brüssel eingehen, kein Hehl daraus, daß ihr sehr viel daran liege, auch endlich mit Deutschland über die Höhe der Schadensersatzforderung ins Reine zu kommen, und sie schenkt volles Verständnis dafür zu bestimmen, daß man uns endlich einige Maßnahmen ungelöst arbeiten lassen müsse, wenn man Geld und Warenlieferungen, zumal in den von den Franzosen ertrümten Mengen, von uns sehen wolle. Aber gerade die Franzosen sind es, die sich in Aufreihungen gegen uns gar nicht genug tun können. Wie ein lärmisches Weib sind sie hinter uns her, um in Noten über Noten wegen jedes nicht abgelieferten Gewehres, wegen jedes noch nicht geschlossenen Postbüros zu kündigen und uns Verleumdungen des Friedensvertrages vorzwerfen. Kein Wort über die ungeheure Leistung auf allen Gebieten, die die deutsche Verwaltung in Erfüllung der in Vertrag und in Boulogne und in Spa übernommenen Verpflichtungen gestanden hat. Aber wo da Holzenknopf vermisst wird, da steht es ein halbständiger Heerstreit, als stände nicht Marthall noch in Mainz und Köln, sondern Hindenburg immer noch in Straßburg und May. Man droht mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet, mit der fristlosen Verlängerung der Belagerung des Rheingebietes, man denunziert uns vor der ganzen Welt als Verräte, die noch immer nicht gelernt hätten, Verbündete zu halten. Und das in dem gleichen Augenblick, wo von der Gegenseite Vertragsschluss auf Vertragsschluss gebaut wird, wo den Oberstleutn. z. B. die ihnen zustehende Einheitlichkeit des Wahlaktes bei der Abstimmung entzogen, wo ihnen eine Abstimmungsordnung aufgesetzt wird, die einfach in allen irgendwie maßgebenden Bestimmungen nach polnischem Diktat angelegt ist. Vielleicht ist es das schlechte Gewissen über ihre eigenen Taten, die die Franzosen fortgelebt über deutsche Vertragserklärungen hören läßt; aber selbst, wenn die anderen Alliierten ihnen darin nur zögern und nur allenfalls bis zur halben Wegstrecke folgen, es wird doch immer wieder allemal der Eindruck erweckt, als würden die Deutschen diejenigen, die auf Schritt und Tritt es an sich fehlen liegen, daß die Welt nicht zur Ruhe kommt, und als täten die Franzosen ganz recht daran, ihnen ordentlich auf die Füße zu treten. Und darauf allein scheint es den Herren in Paris im Grunde nur anzutreffen; um die unausbleiblichen Folgen eines solchen Treibens machen sie sich offenbar nicht die geringsten Kopfschmerzen.

Ermutigt werden sie in dieser ihrer Haltung durch die nicht genug zu bewegende Beobachtung, daß man auch in Deutschland selber sich nicht aufwöhlt mit Dingen zu beschäftigen, die unsere Widerstandskraft gegen ebenso unbegründete wie unwürdige Summations von außen her lähmten und schwächten muss. Von der nationalen Geschlossenheit der Parteien, die uns so bitter nötig wäre, kann ja leider unter den gegebenen Verhältnissen keine Rede sein. Über muß es denn z. B. wirklich sein, daß gerade jetzt ein von der Reichsregierung besonders eingesetzter Ausschuss die Frage zur Entscheidung bringen will, ob Preußen aufgeteilt werden soll? Kann, wenn diese Frage überhaupt gestellt werden muß im neuen Deutschland, damit nicht wenigstens gewarnt werden, daß unter Drangalierungen durch die Siegerstaaten etwas nachgelassen haben? Hat man sein Gefühl dafür, wie die hier ganz offiziell angeschnittene Diskussion zugleich sabbatten Preußen ins Herz schneidet und ihnen die Gewöhnung an die neuen Zustände in der Heimat geradegau unmöglich macht? Und was soll man erst dazu sagen, daß in dem Ausdruck von zwölf Versionen, der sich jetzt an diese Verstärkungsarbeit heranmacht, ganze drei Preußen im eigentlichen Sinne des Wortes zu finden sind, neben Bayern, Braunschweig, Westfalen und so weiter? Will die Hand, die so arbeitet, verhindern wirken, will sie aufzuhören helfen, unsere Leistungsfähigkeit steigern, unser nationales Leid verringern? Ist noch nicht genug im deutschen Lande zerstört worden, durch äußere und innere Kräfte, daß auch Preußen noch aufgeteilt werden soll, dass bisher unter großem Kräftezentrum dargestellt? Ist denn das Verhältnis unserer Selbstverteidigung gar nicht aufzuhalten, auch jetzt nicht, wo die Entente uns das letzte Hemd vom Leibe reißen, wo sie Oberleute den Polen in die Hände spielen will? Wo sollten die fleißigen, die ordnungsliebenden Teile des Volkes noch den Mut zur Arbeit hernehmen, wenn sie sehen, daß sogar von oben herab mit so schlechtem Beispiel vorangegangen wird?

Frage, nicht als Fragen. Wenn doch endlich der Reiter diesem Lande läuft, der es vor volliger Selbstauflösung zu bewahren verstanden!

Deutschlands Vertragstreue.

Englisch-französische Meinungsverschiedenheit.

Das Bureau Reuter veröffentlicht eine halbamtl. englische Auskunft über die Entwicklung Deutschlands. Es heißt darin, England sei der Ansicht, daß die deutschen Behörden sich seit der Konferenz von Spa ernsthaft um die Erfüllung ihrer Verpflichtungen bemühen. So war es eine gewisse Zahl von Waffen noch verborgen. Man müsse aber zugeben, daß die deutschen Behörden Schwierigkeiten gegen-

überstanden, für die man sie nicht verantwortlich machen könne.

Die Heraussetzung der regulären deutschen Truppen auf 100 000 Mann, die bis zum 1. Januar hätte vollzogen sein müssen, habe sich auch im großen und ganzen vollzogen. Das feien aber Einzelheiten, welche die große Linie der vollzogenen Tatsachen nicht berühren. Jetzt sei eine Feststellung in dieser Hinsicht noch unmöglich, da feinerlei Nachrichten hierüber vorliegen. Deshalb könne man auch nicht eine endgültige Meinung über die Frage der Sicherheits- und Ortspolizei aussprechen. Die Einrichtung der Einwohnerwehren, der Orgeln und anderer Freiwilligformationen, so fährt die Note fort, sind der einzige Gegenstand, über den eine leichte Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich besteht. Diese Meinungsverschiedenheit bezieht sich auf die Beitragsfrage, innerhalb deren die Verabsiedlung dieser Formationen durchgeführt werden soll. Die bedeutendsten Südpunkte der Freiwilligverbände sind Sachsen und Bayern, wo die Kürze vor dem Volkswiderstand deren Anwesenheit durchaus als bedroht erscheinen läßt, so daß dort eine sofortige und vollständige Verabsiedlung dieser Formationen nicht willkommen wäre. Nichtdestoweniger glaubt man aber in England, daß die Stärke dielet Verbände größer sei, als es wirklich notwendig wäre.

Die Note Reutlers schließt mit der Bemerkung, die für die Verabsiedlung der Einwohnerwehren angestehenden Termine müßten den Beginn von Befreiungen mit den Franzosen bilden; das sei ein Grund, um die sofortige Zusammenberufung einer Konferenz der Ministerpräsidenten zu rechtfertigen. Die Befreiung des Ruhrgebietes soll nur im äußersten Notfalle erfolgen, d. h. im Falle militärischer Operationen Deutschlands gegen Völker in Ostpreußen.

General Nollet und die Sipo.

Die Antwort der Reichsregierung.

Auf die Note der Interalliierten Militärrkontrollkommission vom 28. Dezember über die Auflösung der Sicherheitspolizei hat das Auswärtige Amt eine neue ausführliche Erwidерung überreicht lassen. Die neue deutsche Note stellt zunächst fest, daß die Kommission im Besitz der amtlichen Mitteilungen über die Auflösung der Sicherheitspolizei in allen deutschen Ländern sich befindet und daß in denjenigen deutschen Ländern, über die ihr bisher keine Mitteilung zugegangen war (Thüringen, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, Waldeck und Bergedorf) keine Sicherheitspolizei bestanden habe. Über die Entstehung derjenigen Ordnungspolizei macht die deutsche Note folgende Angaben:

In der Note vom 12. August 1920, Nr. 978, batte die Kommission die Bedingungen, an die das Protokoll von Spa die Vermehrung der Ordnungspolizei auf 150 000 Mann führt, näher erläutert. Um zu verhindern, daß die geplanten Maßnahmen später von der Kontroll-Kommission beanstandet werden könnten, haben mit dieser auf Anregung des Auswärtigen Amtes im September eingehende mündliche Erörterungen stattgefunden. In diesen anfanglich von Vertretern aller beteiligten Länder beobachteten Verhandlungen kam man überein, daß vorerst die für Preußen in Aussicht genommene Regelung erörtert und das Ergebnis der Verhandlungen sodann den anderen Ländern, unter Berücksichtigung der etwa dort bestehenden besonderen Verhältnisse als Anhalt für die Maßnahmen auszuholen werden sollte. Aber die für Preußen zu erlassende Verfügung wurde zwischen den deutschen Vertretern und den Beobachtern der Kontroll-Kommission vollständig eingang erzielt. Ihr Vorlauf ist in allen Einzelheiten gemeinsam festgestellt, auf Wunsch der Kommission sind noch in letzter Stunde verschiedene Änderungen vorgenommen worden. Um auf jeden Fall Schwierigkeiten zu vermeiden, ist vorsorglich auch noch der für Bayern aufgestellte Entwurf zur Kenntnis eines Vertreters der Kommission gebracht und von diesem auch genehmigt worden.

Die lebige uniformierte und bewaffnete Polizei sei hier noch nichts anderes, als die in der zugelassenen Weise verfügte Polizei des Jahres 1918, bei deren Organisation in weitesten Änderungen eingetreten seien, als sie die von den älteren Regierungen aufgestandene Vermehrung und Bewaffnung mit sich gebracht hätten. Die Sicherheitspolizei trage die grüne Uniform noch, weil anderes auch aus finanziellen Gründen noch nicht angebracht sei.

Dann wendet sich die Note gegen die Annahme der Kontrollkommission, daß die nicht uniformierte Polizei wesentlich verstärkt sei. Die Beamten der Kriminal- und Verwaltungspolizei gehörten gleichzeitig nicht zur Sicherheitspolizei und seien daher in die Zahl der zugelassenen 150 000 Mann nicht einzurechnen. Gegen diese Aufsicht der deutschen Regierung sei bei den Verhandlungen auch kein Einwand erhoben worden. Deshalb gelte für sie Artikel 162 des Friedensvertrages, nach dem eine Vermehrung im Verhältnis der seit 1913 eingetretenen Bevölkerungsanzahlung zulässig sei. Über diese Grenze hinaus sei die nicht uniformierte Polizei nicht vermehrt worden.

Die deutsche Regierung hat sich, so schließt die Note, bei der Neuordnung des Polizeiwesens auf das loyalste an die Bestimmungen des Friedensvertrages und der Notes vom 22. Juni und 12. August 1920 gehalten. Sie muß den Vorwurf der Vertragserlösung in der bestimmtesten Form als unberechtigt zurückweisen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Das neue Wachgesetz, das der Reichstag am 17. Dezember angenommen, wird in den nächsten Tagen

in Kraft treten. Die Behörden sind angewiesen, die neuen Bestimmungen rücksichtslos zur Anwendung zu bringen.

Ein Entwurf zur Einführung der Gerichte ist beim Reichsrat als Rotgelied vor Einbringung der Justizreform gezeigt worden. Der Entwurf will die Gerichte entlasten durch Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte und Übertragung gewisser richterlicher Geschäfte auf die Gerichtsschreiber. Die Amtsgerichte werden in Zukunft zuständig sein für die Entscheidung vermögensrechtlicher Ansprüche bis zu 9000 Mark und für alle Alimentationsansprüche. Dementsprechend wird auch die Zuständigkeit der Schiedsgerichte bis zur Wertgrenze von 8000 Mark erhöht.

Ein Optionsvertrag zwischen Deutschland und Danzig ist dem Reichstag zugänglich. Bekanntlich sind alle Däinger zwangsläufig zu Bürgern des Freistaates gemacht worden, sie haben aber das Recht bis zum 10. Januar 1922 für Deutschland zu optieren, müssen dann aber binnen Jahresfrist ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen.

Keine frühere Einberufung des Reichstags. Wie verlautet, wird der Reichstagspräsident Doebe dem Erkunden der Reichskanzlei auf sofortige Einberufung des Reichstags keine Folge geben, da dringende Gründe für einen solchen Reichstagsauflösung nicht vorliegen. Es bleibt dem Zusammenkunft am 10. Januar.

Der Reichstag und das Volk. Abgeordnete der verschiedenen Parteien haben im Reichstage beantragt, die der Bierabfuhr zugedachten 482 000 Tonnen Bierse (dies sind 60 % des zur Verfügung stehenden Verbrauchs) vorläufig zurückzuhalten, bis die unmittelbare Bierlieferung durch Bier (Kaffeehaus, Kneipe, Brauerei, Wirtschaft, Suppen) gestoppt ist. Die Antragsteller sind der Meinung, dass die Nahrungsmittel wichtiger sind als "Boller", und krank, Kinder und stillende Mütter gesucht werden müssen.

Übergangsgelder für preußische Staatsminister. Alle Vertreter der Landesversammlung mit Ausnahme der Unabhängigen haben beantragt, den Staatsministern, die ihr Amt mindestens drei Monate besetzt und die keine Pensionsansprüche haben, beim Ausscheiden aus dem Staatsdienste Übergangsgelder in Höhe ihrer bisherigen Entlohnung zu zahlen und zwar für längstens ein Jahr. Die Gelder sind getilft nach der Dauer der Amtszeit.

Erbbergers Steuerangelegenheit. Die preußische Finanzverwaltung hat die bisher von ihr bearbeiteten Steuerarten Erbbergers jetzt an die Staatskanzlei abgegeben, die nunmehr die Untersuchung in dieser Angelegenheit weiterführen wird. Damit hat sich das Finanzministerium auf den Standpunkt desjenigen Urtakters gestellt — bekanntlich wurden über die Steuerangaben Erbbergers zwei gutachtlische Auskünfte eingeholt —, der die Ansicht vertreibt, dass die Erbberger zur Last gelegten Steuerobergehen nach den Bestimmungen der preußischen Finanzgesetzgebung zu beurteilen seien.

Verlauf der braunschweigischen Abdankungsurkunde! Wie aus Braunschweig gemeldet wird, ist dem Braunschweigischen Staatsministerium bekannt geworden, dass die Abdankungsurkunde des Herzogs Ernst August von Braunschweig vom 7. November 1918 dem Herzoglichen Hause in Camburg zum Kauf angeboten worden ist. Die Nachforschungen hätten ergeben, dass das Angebot von dem früheren kommunalpolitischen Bräutigen des Freistaates Braunschweig, dem Schneider August Merges, dem jetzigen Besitzer der Urkunde, ausgegangen sei.

Frankreich.

Niedergelöster Ententesoldaten in Oberschlesien. Der Barlier "Watrin" stellt eine interessante Frage zur Debatte, nämlich die Höhe des Soldes, die die Beleidungstruppen in Oberschlesien erhalten, und die Bezahlung der Mitglieder der Interalliierten Kommission in Oberschlesien. Ein Militärautomobil oder ein einfacher Sattelzug oder eine Ordonnanz in einem Stallno erhält seine Lohnung in Dollar, und zwar monatlich 122 Dollar, was nach dem heutigen Kurs 70 Frank täglich ausmache. Ein Hauptmann der Missionen erhält ungefähr 70 Franken im Monat, also ein Gehalt, das höher ist, als das, was Marshall Foch bekommt. Wenn irgendwie einfacher Soldat zu einem Dienst kommandiert werde, erhält er in diesem Augenblick 102 Dollar, das macht 1700 Franken aus.

Russland.

Maxim Gorki in Schachhaft. Das Executive-Komitee in Moskau hält Maxim Gorki unter strenger Bewachung, da man befürchtet, dass er den Versuch machen wird, aus Russland zu fliehen. Alle Personen, die Gorki befreien wollen, müssen den Behörden den Grund dieses Besuches und die Auflagen Gorkis mitteilen.

Ungarn.

Verhandlungen mit Sovjetrußland. Angeklagtes russisches Drogungen, bei Verurteilung der Volkskommissare ungarische Kriegsgefangene ähnlich zu behandeln, erklärt Ministerpräsident Teleki, die ungarische Regierung habe im Interesse der Rettung dieser Personen der Sowjetregierung Verhandlungen angeboten. Dieser Entschluss wurde bisher geheim gehalten, um die Redupsprechung des Gerichtes nicht zu beeinflussen. Die Sowjetregierung erklärte sich zu Verhandlungen bereit.

Amerika.

Geheimvertrag über die deutschen Südseeinseln. Der ehemalige Bureaudirektor des Handelsamts Deman hat einen Brief veröffentlicht, der im Kongress ungedecktes Aufsehen hervorgerufen hat. In dem Brief wird gelöst, dass, als Botschafter während des Krieges nach Washington gekommen sei, um wegen einer Anleihe von vier Milliarden Dollars zu verhandeln, er einen zwischen England und Japan abgeschlossenen Geheimvertrag über die Zusprunganordnung der deutschen Inseln im Stillen Ozean an Japan verhandelt habe. Man glaubt, dass die Behauptung Demans eine Prüfung durch den Kongress noch sich ziehen wird.

Europa und Ausland.

Bern. Der Bundesrat hat beschlossen, bis Ende April sämtliche fünfmarkstücke aus anderen Staaten der lateinischen Währung sowie die belgischen Silberheldemünzen aus dem Verkehr zu ziehen.

Bern. Die Geschäftsführung der schweizerischen sozialistischen Partei hat bestimmt, dass jede Tätigkeit beim Völkerbund oder einer Einrichtung des Völkerbundes unvereinbar mit einem Vertrauensposten in der Partei sein soll.

Die Bewegung der Eisenbahner.

Aussicht auf Verständigung.

Trotzdem bei der Montag beendeten Urabstimmung in Berlin sich 81 % der Eisenbahner für den Streik ausgesprochen, bestand gute Hoffnung auf eine Klärung und Regelung der schwierigen Fragen in einem Guten.

Bei den im Reichsfinanzministerium geöffneten Verhandlungen wurden von beiden Seiten, den Vertretern der Regierung und den Beauftragten der Organisationen, die für die weitere Erledigung der Angelegenheit dienlichen Gesichtspunkte erörtert und durch die gegenseitige offene Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse der Beamten und Arbeiterschaft wie der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Reiches eine allgemeine Orientierung geschaffen, die eine weitere Verhandlung ermöglicht. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Freitag, den 7. Januar sollen sie wieder dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Beamtenbund nebst Gutachterausschuss aufgenommen werden.

Aufruf der Organisationen zur Ruhe.

Der Schießhauer-Ausschuss der Verbände erlässt folgenden Aufruf:

Die Eisenbahner! Die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Forderungen der Eisenbahnerorganisationen sind am Montag, den 8. Januar, aufgenommen worden und werden am Mittwoch, den 6. Januar, im Reichsverkehrsministerium fortgesetzt. Die Regierung hat die Bereitschaft ausgesprochen, innerhalb der Grenzen des Möglichen alles zu tun, um die Lage der Beamten und Arbeiterschaft zu beheben. Die Regierung ist auch gewillt, die Verhandlungen mit besten Kräften zu beschleunigen und im Benehmen mit den Ländern so rasch wie möglich eine Vorlage an den Reichstag zu bringen, der sie gleichfalls vorläufig verabschieden wird. Wir fordern sämtliche Eisenbahner auf, das Zustandekommen bestmöglichender Vereinbarungen jetzt nicht zu föhren und deshalb Aktionen zu unterlassen. Müchte es zu solchen kommen, so rufen die unterzeichneten Organisationen rechtzeitig dazu auf. Über die Verhandlungen wird, sobald positive Ergebnisse feststehen, eingehend berichtet werden.

Deutsche Eisenbahnerverbände, Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angestellten, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter. Algemeiner Eisenbahnerverband.

Eine Mahnung Hörsing.

Der Oberpräsident des Provinz Sachsen, Hörsing, wendet sich in einem Aufruf an die Bevölkerung des Provinz, dass darauf hinaus, dass die Lohnbewegung der Beamten und Arbeiter der Reichsbahnen von sämtlichen Organisationen, nämlich Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, Deutschen Eisenbahnerverband, Allgemeinen Eisenbahnerverband und Gewerkschaft deutscher Eisenbahner vertreten werde, und dass die sächsischen Eisenbahner sich mit überzeugender Weisheit auch für einen eventuellen Streik ausgesprochen haben. Ohne zu ihren Forderungen Stellung zu nehmen, warnt Hörsing davor, die Lohnbewegung als eine politische Bewegung und zwar als eine kommunistisch-sparteiliche einzusehen und die Führer der Organisationen als "kommunistische Hölzer und Drabitzieher" zu bezeichnen. Hörsing gibt dem Bunde Ausdruck, dass die Verhandlungen in Berlin ein Ergebnis gelingen, das den Streik verhindern werden kann. Sollte er aber nicht zu umgehen sein, dann bitte er die Eisenbahner, zu zeigen, dass auch eine junge Organisation Ruhe und Ordnung halten, die Eisenbahn anlagen schützen und Diebe, Blünderer von den Anlagen fernhalten kann. Der Oberpräsident schließt mit der Bitte an die Bevölkerung, im Falle eines Streiks von den Eisenbahn anlagen fernzubleiben und der Erfahrung, dass er Ungezüglichkeiten auch nicht eine Stunde dulden werde.

Drohende Verdoppelung der Verförderungspreise.

Die Verhandlungen mit den Vertretern der Beamten haben auch einigermaßen klarheit darüber gebracht, welche Verhältnisse für das Reich bei Bewilligung der erhobenen Ansprüche entstehen würden. Die Regierung, die bereits ein fest umrissenes Programm für die Erhöhung der Teuerungsaufschluss geschaffen hat, rechnet damit, dass etwa 2 Milliarden Mark jährlich notwendig sein werden, um entsprechend der Kartoffelstaffelung eine Erhöhung in allen Gebietsklassen vornehmen zu können. Würde die Wünsche der Beamten in der vorliegenden Form bestrebt werden, so müsste das Reich etwa 6 Milliarden jährlich mehr aufbringen. Wenn man von beiden Seiten Zugeständnisse erwirkt, so wird man immerhin damit rechnen müssen, dass der Staat mit drei bis vier Milliarden jährlich mehr belastet werden wird. Nach den Darlegungen des Staatssekretärs Stieger über die Defizitwirtschaft der Eisenbahnen würde es notwendig sein, die Personentarife von 450 auf 900 % und die Gütertarife von 600 auf 1200 % zu erhöhen. Allerdings will man bei den Erhöhungen Abstufungen vornehmen, und auf den Verlustverkehr, auf die Fahrpreise in den untersten Klassen und besonders auf den lebensnotwendigen Güterverkehr Rücksicht nehmen.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Schwere Verleugnung des Friedensvertrages. Zu dem von der Entente-Kommission im Oberschlesien beabsichtigten Abstimmungsverfahren in Oberschlesien schreibt der bekannte Völkerrechtsherr Professor Dr. Born, Deutschlands ehemaliger Vertreter beim Haager Schiedsgericht, folgendes:

Die einheitliche Abstimmung der Gemeinden ist vertraglichmaßig festsitzendes Recht, und jede Abweichung von dem zwingenden Rechtswege der einheitlichen Gemeindeabstimmung, die ohne Zustimmung aller Vertragsstaaten erfolgt, macht die Abstimmung, die dann nicht nach dem Vertrag vertritt, obsolet. Wenn die Volksabstimmung die Wählung erzielt, die Abstimmung der nicht im Abstimmungsgebiet anwesigen Stimmberechtigten später als die Abstimmung der einheimischen Stimmberechtigten stattfinden zu lassen und zwar unter Bedingungen, die die interalliierte Kommission festlegen wird, so ist dies nicht, wie dies die Note vorher als Grundzustand festgestellt hat, ein „zur Anwendung bringendes Prinzip“ 88, sondern im Gegenteil eine direkte und schwere Verleugnung des Artikels 88, d. h. der ihm befreit Anlage Paragraf 4 Absatz 4 und 5. Diese schreiben eine einheitliche Abstimmung aller Gemeindeangehörigen ohne Unterschied von Geburt und Wohnsitz vor. Die vom Friedensvertrag vorgeschriebene Abstimmung in Oberschlesien ist eine einheitliche Gemeindeabstimmung, und jede andere Art der Abstimmung ist vertragswidrig und finanzmäßig ohne Zustimmung Deutschlands, die nur der Friedensvertrag zu geben berechtigt wäre, nichtig.

Arbeiter und Angestellte.

Frankfurt a. M. (Wohnforderungen der städtischen Arbeiter.) Die städtischen Arbeiter und Angestellten haben die Tarife gefestigt, welche mit sofortiger Wirkung, legte zum 31. Januar 1921. Verlangt wird Anpassung der Löhne an diejenigen der Privatindustrie. Die Wohnförderungen betragen für die Stunde 1.20 Mark. Allein die

Erhöhungen für die Arbeiter würden sich auf nahezu 80 Millionen Mark jährlich belaufen.

Düsseldorf. (Streik in den Eisenbahnen.) Sämtliche Betriebe der "August-Duisen-Hütte" in Hamborn beginnen Montag still, da die Belegschaft von 18 000 Mann sich an dem Streik beteiligt. In den einzelnen Betrieben sind nur die zur Errichtung der Rohtreibarbeiten erforderlichen Arbeiter eingesetzt. Die Hochöfen müssen sämtlich abgedampft werden. Die Bergarbeiter haben sich durch den Streik nicht beeinflussen lassen. Auf sämtlichen Schachtanlagen des Thyssen-Konzerns sind die Belegschaften normal angetreten.

Hamburg. (Eisenbahner-Ausstand.) Die in den Landbetrieben der Eisenindustrie beschäftigten Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Zur Zeit kommen etwa 15 000 Mann.

London. (Tagelohn-Erhöhung im englischen Bergbau.) Infolge der Vermehrung der Kohlenförderung erhalten die englischen Bergarbeiter auf Grund des Abkommen der Gewerkschaften mit der Regierung im Januar eine Erhöhung des Tagelohns von drei Schilling sechs Pence.

Ein Mahnruf an die Landwirte.

Das amtliche Organ des Sachsen-Landeskulturrates veröffentlicht folgende Mahnung an die sächsischen Landwirte:

Die Not in den Großstädten ist seit einiger Zeit im Fortschreiten begriffen. Zwar hat die Zahl der Erwerbslosen nicht erheblich zugenommen, aber die Preise für Fleisch, Fett und andere Lebensmittel sind infolge des Übergangs von der Zwangsbedienstung zur freien Wirtschaft so in die Höhe gegangen, dass auch die Arbeiter haben, nicht immer die Mittel besitzen, sich mit ihren Familien ausreichend zu ernähren. Um so wichtiger ist, doch in der Broterversorgung keine Störung einzutragen. Wir halten dieses Jahr eine sehr schlechte Ernte und sind günstig große Mengen Brotkreide aus dem Ausland einzuführen. Die hierfür geforderten Preise sind infolge der Verhöhlung unseres Geldes derartig hoch, dass die Rückwirkung auf die Teuerung in Deutschland nicht ausbleiben kann. Je mehr deutsches Geld ins Ausland geht, um so mehr sinkt der Wert des deutschen Gelbes im Ausland und um so teurer werden die Preise für unsere Bevölkerung. Dadurch keigen wieder die Eltern und mit ihnen die Industrieerzeugnisse. Von mächtiger Stelle wird entsprechend immer wieder betont, dass die Verhinderung der Gelbexport das einzige Mittel ist, der fortwährenden Verhöhlung zu begegnen. Dies aber läuft sich nur dann durchführen, wenn Erbsparnisse im Lande selbst gemacht werden können, d. h. wenn möglichst viele Lebensmittel in Deutschland selbst aufgebracht werden. Ein großer Teil der Landwirte hat dies längst begriffen und das Brotkreide zur Abstellung gebracht, ein anderer Teil steht indessen aber noch zurück. Die Landwirte, die das Brotkreide noch nicht abgeliefert haben, sollen dies schnellstens nachholen. Die Reichsgesetzestelle bedarf dringend neuer Zufuhren, andernfalls wird ein Untergang nicht mehr abzuwenden sein, das unter Umständen zur Katastrophe führen muß.

Richtlinien für Kartoffelpreise.

In einer von dem Bauschuh für Pfanzkartoffeln einberufenen Sitzung der landwirtschaftlichen Körperchaften und sonstiger der Förderung des Kartoffelbaus dienender Vereinigungen, in der u. a. auch der Landeskulturrat Sachsen, Kartoffelbau und der Verband landwirtschaftlicher Gewerkschaften vertreten waren, kam man überein, als Richtlinien für die Sozialkartoffelpreise folgende Zuschläge zu dem Speisekartoffelpreis zu empfehlen:

	amerikanisches Saatgut	nicht	
1. Rohbau	2. Rohbau	3. Rohbau	
Proj.	Proj.	Proj.	
1. für Frühkart.	70	60	50
2. für alle anderen Sorten	50	40	30
hierzu für neue besonders anbauwürdige Sorten	60	50	40
	25		

Als Grundlage für den Speisekartoffelpreis sollen Rollungskommissionen auf den größeren Kartoffelmarkten eingerichtet und die dort festgestellten Preise für Speisekartoffeln bekanntgegeben werden. Legt man für den Herbst einen Speisekartoffelpreis von 25 Mark je 100 kg. zugrunde, so wird beispielweise 1 Ztr. Industrie 1. Rohbau 37,50 Mark, 2. Rohbau 32,50 Mark und gewöhnliches Saatgut 28,75 Mark kosten. Die Vereinbarungen wurden getroffen zu dem Zweck, die landwirtschaftlichen Kreise zu unterrichten, welche Preise unter den gegenwärtigen Verhältnissen als angemessen angesehen werden und auch dem Kartoffelhandel eine Unterlage zu geben für die Bewertung der Pfanzkartoffeln im Verhältnis zu den Speisekartoffeln. Es wäre zu wünschen, dass durch eine gleichmäßige Handhabung dieser Richtlinien die Sozialkartoffelpreise sich allgemein möglichst gleichmäßig halten möchten.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 6. Januar 1921.

Werkblatt für den 6. Januar.
Sonnenaufgang 8^h | Mondaufgang 5^h B.
Sonnenuntergang 4^h | Monduntergang 2^h B.

1822 Altermutshofener Helmuth Schlemann geb. — 1888 Komponist Max Bruch geb. — 1888 Österreichischer Germanist und Politiker Engelbert Pernerstorfer geb.

Erhöhung der Zigarettensteuer. Den Zigarettenrauchern steht eine neue erhebliche Belastung bevor. Vom 1. April 1921 ab tritt eine wesentliche Erhöhung der Zigarettenabfeste in Kraft. Als am 1. April 1920 das neue Tabaksteuerabfeste Geltung erlangte, wurden aus Valutagründen die Steuersätze bis auf weiteres um 50 % herabgesetzt. Nunmehr wird diese Erhöhung zum Teil aufgehoben und vom 1. April ab nur noch 30 % betragen. Zu Jahren umgerechnet, erhöht sich die Steuerlast je nach der Preislage der Zigaretten um 11 bis 60 Mark für das Tausend. Die Versteigerung wird sich vor allem bei den billigeren Marken bemerkbar machen, die um 40 bis 50 % im Preise steigen werden, während auf die Zigaretten von 60 bis ab ein Steueraufschlag von 25 % eintreten wird. Die deutsche Zigarettenindustrie hat sich wiederholt durch Eingaben an die Behörden gegen die Erhöhung der Steuersätze gewandt.

Der Wandkalender der Nachrichten für Naunhof ist in vielen Familien und Büros ein Haushaltsgut geworden, denn ohne Kalender geht es nicht. Der Wandkalender kann aber wegen der hohen Herstellungskosten vorläufig noch nicht wieder wie früher, dem Stoff beigelegt werden und ist durch unsere Botsen und in unserer Geschäftsleitung zum Selbstabholpreis von 50 Pfennig das Stück zu haben.

Naunhof. Auf dieses Jahr bezieht sich der bislang einzige und einzige zu schätzende Preis für die Ausstellung zu veranstalten. Dieselbe findet im Salzbau „Zum goldenen Stern“ statt, mit derer sieben Pferde verbunden.

Die II. Mannschaft des Sportvereins Naunhof spielt am 1. d. M. gegen die gleiche des V. J. B. Brandis um einen von Naunhof Sportfreunden gefüllten Kranz. Durch einen 4:2-Sieg (Halbzeit 4:1) konnte Naunhof den Kranz als 2. Trophäe nach seinem Sportlokal mitnehmen. Circa 250 Zuschauer hatten sich auf dem idyllisch gelegenen Sportplatz eingefunden, um dem unter guten Bedingungen liegenden Spiele beizuwohnen. — Das Ges

nabegu

Samt
eisigen
sich
n sind
erlichen
abge-
d. den
Schach-
normal

Die
arbeiter
in etwa

lischen
eugung
28 Ab-
Januar
sechs

ratates

im Fort-
richt nicht er-

andere
bewirkt

doch auch

mit ihren

in der

die dices

Mengen

forderlich

doch,

sagt aus-

um so

um so

hegen

den mahn-

dah die

schreiten-

nn durch-

können,

schland

und wie

etwa

mehr ab-

zu muß.

berusenen

iger der

der u. s.

aue und

waren,

folgende

nicht

kanntes

ro-

ss

15

25

n Roll-

ngerecht

gegeben

reis von

Industrie

obliches

getroffen

, welche

jetzt ange-

zu geben

in spezielle

ge Hand-

arts mbg.

ogen.

uer 1921.

5. 2.

2. 2.

— 1888

mit und

aretten.

Bom

ng der

20 das

Salu-

herab-

st auf-

zutragen.

je nach

für das

bei den

8 50 %

ten von

n wird

it durch

Steuer-

sof ist in

enn obne

wegen der

über, dem

in unserer

Stadt zu

ige Be-

festlung zu

ern" flott,

spielt am

einen 4 : 2.

Trophäe

halten sich

dem unter

seitliche

entstiegt

† Der ländliche Wirtschaftsminister schwer erkrankt. Der mehrheitlich sozialistische ländliche Wirtschaftsminister Schwarz ist an einem Lungenerkrankung schwer erkrankt und muß sich einer längeren Kur unterziehen. Die Gesellschaft des Ministrers, der sein Leben zweifellos durch Überanstrengung im Dienste verschönert hat, übernimmt Ministerpräsident Beck. Die geplante Reise Schwarzs nach Belgien und Holland, die in der nächsten Woche des Neuen Jahres erfolgen und wirtschaftliche Verhandlungen dienen sollte, ist bis auf weiteres verschoben worden.

† Der drohende Eisenbahnerstreik. Nachdem die Eisenbahnerbeamten Sachsen sich bereits mit einer Mehrheit von über 74 Prozent für den Streik entschieden haben, ist von den verschiedenen Organisationen des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der Reichsgewerbebehörde deutscher Eisenbahnerbeamten und Angestellten und der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner Durschreden getroffen worden. Die Beteiligung an den Abstimmungen der Eisenbahner war überall eine sehr starke. Endgültige Entscheidung konnte noch nicht getroffen werden, da am Montag erst Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem Schiedsgerichtshof begonnen haben.

† Abgabe von Heeres- und Reichspferden in das Wirtschaftsleben. Von Wehrkreiskommando IV, Dresden, wird mitgeteilt: Die Verminderung der Reichswehr auf 100000 Mann ist beendet. Es kommen daher nur noch ganz wenig Pferde zur Verfügung. Das Reichsheer verfügt über Pferde an Landwirte und Arbeits- und Siedlungsgegenstellen, die aus ehemaligen Heeresgedrängen bestehen. Die Bewerber haben sich unmittelbar an einen Reichswehrtruppenteil zu wenden. Von Truppenteilen kommen für diese Gegend in Frage: Inf.-Reg. 10, Minenwerkerkomp., Dresden, Inf.-Reg. 11, Minenwerkerkomp., Leipzig, Art.-Reg. 4, Dresden, Fahrtabt. 4, Dresden, Reiter-Reg. 12, Dresden, Grimma, Gräfenhain. Reichswehr bringt für ein Pferd und einen Tag 3 Mark für die Zeit bis Ende Februar, vom 1. März ab voraussichtlich 5 Mark, bei Bedürftigen weniger. Die Pferde dürfen aber nur in solche Orte ausgeliefert werden, aus welchen sie innerhalb 48 Stunden bei Bedarf wieder bei den Truppenteilen eingetroffen sein können.

† Die Abstellung von öffentlichen Postkliniken und Maskenbädern ist auch für die Hallenzeit 1921 verboten. Nichtöffentliche Postkliniken und Maskenbäder können genehmigt werden. Werden sie genehmigt, so geschieht dies in jedem Falle nur unter der Bedingung, daß jede öffentliche Ankündigung dieser Gesellschaften unterbleibt. Alle anderen Weisungen über weitergehende Beschränkungen, insbesondere über ein angebliches Verbot des Verkaufs und Auslieferens von Masken, Postkliniken und anderen hygienisch bedeckenden Kleidungsstücken sind unzureichend.

† Eine ländliche landwirtschaftliche Woche. In den Tagen vom 7. bis 11. März 1921 wird in Dresden eine ländliche landwirtschaftliche Woche stattfinden, in der alle maßgebenden ländlichen landwirtschaftlichen Organisationen wichtige Konferenzen abhalten werden. Der Landeskulturtag wird eine öffentliche Sitzung abhalten. Der Bund der Landwirte (Sächsischer Bauernbund), der Verband sächsischer Landwirte, der Verband sächsischer Hausfrauenvereine, die landwirtschaftlichen Vereine für Pferde, Schafe und Schweinezucht werden in diesen Tagen Hauptversammlungen abhalten.

† Vor einiger Zeit hat eine Bündnungsgeellschaft in mehreren Orten in der Nähe Leipzigs Konzerte veranstaltet und der Presse hierzu blaueblaue Notizen zugestellt, in denen durch geschickte Verbindung mit Beträchtungen über das Schicksal der Kriegsblinden und die ihnen geliebte allgemeine Teilnahme der Einwohner erwähnt wurde, als ob es sich um eine Verantwortung von Kriegsblinden handele. Tatsächlich gehörte der Gesellschaft kein Kriegsblinder an. Da zu vermuten ist, daß die Gesellschaft auch in anderen Gegenden Sachsen auftreten wird, muß zur Wahrung des Ansehens und der Belange der Kriegsblinden von derartigen Unternehmungen öffentlich gewarnt werden.

— Das teure Stollenbrot. Wehmehrige Erinnerungen weichen die Rückblinde auf die Preise von einst im Vergleich mit den Fleischzummen, die man heute anlegen muß. Recht leidreich ist nach dieser Rücksicht hin folgende Aufzeichnung über den Aufwand beim Stollenbacken vor 10 Jahren und heute. Voraussetzung ist, daß heuer marktfreies Mehl (das teilweise mit 7,50 Mark das Pfund bezahlt werden mußte) zur Verwendung kam. Danach stellt die Rechnung wie folgt:

3,75 Mh.	25 Pfd. Mehl	187,50 Mh.
0,90 "	5 Liter Milch	7,50 "
1,00 "	1 Pfd. Süße Mandeln	26,00 "
0,30 "	1 Pfd. blätternde Mandeln	4,50 "
0,80 "	2 Pfd. kleine Nüsse	28,00 "
0,45 "	1 Pfd. große Nüsse	20,00 "
1,00 "	1 Pfd. Sultaninen	23,00 "
3,60 "	3 Pfd. Schmelzbutter	34,00 "
1,40 "	1 Pfd. Molkeributter	36,00 "
0,50 "	1 Pfd. Zalg	24,00 "
0,80 "	1 Pfd. Hefe	10,00 "
0,20 "	1 Schot. Vanille	2,00 "
1,50 "	3½ Pfd. Zucker	13,30 "
0,15 "	3 Zitronen	2,25 "
0,30 "	1 Pfd. Zitronat	4,00 "
0,20 "	1 Pfd. Rum	7,00 "
1,10 "	Zuckergeld	10,00 "
17,95 Mh.		494,25 Mh.

Trotzdem es früher fast leidverständlich war, daß des älteren Bauder auf den Tisch kam, haben wir es jetzt ja recht lädiert gelernt. Aber ob wir nun auch — im Verdiktum zu dem Preis von damals — den 27sten Genuss von unserem Weihnachtsstollen haben?

— Osttag. Ein schlechter Pferdehandel soll sich kurzlich nach dem in der Kaiserne Palastguden Verkauf von Millarpferden,

Getäuschte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König.

Vor der Tür seiner Wohnung blieb er stehen, er hörte drinnen lautes Weinen; sein Atem stockte, fiebhaftig stieg ihm das Blut in die Stirn.

Gedächtnis flohte er die Türe, ein lauter Schrei begrüßte ihn, im nächsten Augenblick lag Marie an seiner Brust, während die Kinder seine schwieligen Hände ergreiften.

Die Kinder hatten ihn nicht vergessen, sie hingen noch an ihm mit der alten Liebe. Er hob sieempor und küßte sie, die lang verhalteten Tränen troten ihm in die Augen.

Eisig fühlte er, daß das Bett leer war, starr ruhte sein Blick auf dem Kissen, auf dem er so oft das milde Haupt seiner Frau gesehen hatte.

„Wo ist die Mutter?“ fragte er.

„Im Himmel,“ schußte das Mädchen, sich fest an den Vater schmiegend, „soeben ist sie fortgebracht worden.“

Ein Schrei, wie nur ein Bergweinleider ihn austönen konnte, entzog sich der Brust Werniks; die Augen mit den Händen bedeckend, sank er auf einen Stuhl nieder.

Die Kinder standen vor ihm, ihr eigener Schmerz verflammt. Schweigend lagen Sie den Vater an, über dessen bleiche Wangen heiße Tränen unaufhaltsam niederrannten.

So stand Frau Koch die Gruppe, sie hatte den Schrei des Mannes gehört und sofort den Schlüssel gezogen, daß Wernik plötzlich erschrocken sein müßte.

„Mutt, Mutt, armer Mann!“ sagte sie tröstend, indem sie die Hand auf seine Schultern legte. „Eure Tränen rufen die Tote nicht ins Leben zurück! Ihr ist wohl, Ihr blökt verklärt auf Euch herunter und erwartet, daß Ihr den Kindern die Blüte erzeigt.“

Der Zimmermann ließ die Hände sinken, mit dem Blick eines Jungen sah er die Wärterin an.

„Mann stark sie!“ fragte er mit dumpfer Stimme.

„Gestern Abend.“

„Im Himmel, nicht wahr?“

„Nein, Wernik, so schlimm war es nicht,“ erwiderte sie bestätigend, „Mangel hat sie nicht gelitten, und auch die Kinder haben nicht gehungernd gestanden. Es war zwar nicht viel, was die Kran-

die bei sehr großer Nachfrage zu phantastischen Preisen reihend abgingen, zuvergessen haben. Nur da ein auswärtiger Bandwirt, dem man den Verdecktauslagenten von weitem ansah, den Kaiserberg herauf und wurde von einem Mann, der vorgab, ebenfalls zum Raupe zu spät gekommen zu sein, angelogen. Er wollte ihm bedingt sein, doch noch ein Pferd zu bekommen. „Zufällig“ traf man noch einen Kommissar, der nun den beiden noch gute Preise zu versprechen versprach. In einer Wirtschaft wurde das Geschäft weiter besprochen. Der Kommissar bat gerade noch zwei Pferde. Der billigeren Vermittler mocht erfreut eine Abzahlung und auch der Bandwirt zahlte gleich 4500 Mark an. Nun war doch sein Weg nicht umsonst gewesen. Über o wod? Als man sich auf den Weg machen wollte, um die Pferde anzusehen, waren plötzlich die beiden Männer spurlos verschwunden und alle Nachforschungen nach ihnen waren 1400 Mark waren vergebens.“

— Dresden. Der Bau eines Kiesendörfchens scheint der Vermögensaufbau schon näher gerückt zu sein. Eine Privatinitiative interessengemeinschaft, der eine Anzahl führender Persönlichkeiten aus Dresden Bank- und Handelskreisen angehören, beschließt das umfangreiche Gelände an der See, Ring-, Marien- und Breite Straße. An der Mauer häufig zu erwerben und hierauf ein sehr Stockwerke hohes Geschäftshaus zu erbauen. Dieses Gebäude wird nicht weniger als 1000 Buros, 40 Läden, daneben Kaffeehaus, Wein-Restaurant, Tredle, Konzertsaal, Ateliers usw. enthalten, und ein Autohof mit 36 Garagen wird geplant. Das Kiesendörfchen dürfte auch eine eigene Polizeistation erhalten. Die Baulinie liegen bereit fertig vor. Der Rat der Stadt Dresden nimmt dem Projekt gegenüber eine wohlwollende Haltung ein. Man hofft damit wesentlich zur Förderung des Wohnungsmarktes beizutragen. Der Erbauer dieses Geschäftshauses ist der Dresdener Architekt Paul Horath. Die Herstellungskosten werden sich auf 5000 bis 6000 Millionen Mark belaufen.

— Seit einiger Zeit mehren sich die Expressionsversuche. Der Crimmitschauer Gendarmerie ist es gelungen, zwei Mitglieder der Expressionsgruppe auf frischer Tat abzufangen. Es waren zwei junge Burschen aus Grimma, die einen Obergründer Bürgermeister unter brieslicher Bedrohung aufgesperrt hatten, 10000 Mark auf dem Crimmitschauer Postamt zu hinterlegen. Dort wurden sie von der Gendarmerie gefasst.

Nah und Ferne.

○ Reichmanns Erinnerungen. Der verstorbene frühere Reichsbürger Reichmann Hollweg hat bis in die letzten Tage an der Vollendung des zweiten Bandes seiner „Betrachtungen zum Weltkrieg“ gearbeitet. Das Manuskript ist in allen wesentlichen Teilen fertig. Reichmann beabsichtigte nur noch einige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen, eine Arbeit, die ihn noch am Morgen des Tages beschäftigte, an dem er zusammenbrach.

○ Das Porzellangeld. Das jüdische Finanzministerium gibt nunmehr die Ausgabe des Porzellangeldes aus brauem Böttchersteinzeug bekannt. Es wurden fünf Millionen Mark ausgegeben und

